71. Ist der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens der Auslegung des erkennenden Richters und deshalb auch des Revisionsrichters unterworfen?

Widerspruch zwischen der Formel des Eröffnungsbeschlusses und dem als anwendbar bezeichneten Strafgesetze.

St. R. D. §§. 205. 263. 377 Nr. 4.

III. Straffenat. Ur. v. 15. März 1883 g. F. u. Gen. Rep. 212/83.

I. Landgericht Baderborn.

Aus den Gründen:

Die Angeklagten sind auf Grund der thatsächlichen Feststellung, daß sie wissentlich das Fleisch einer Kuh, dessen Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet war, als Nahrungsmittel verkauft, bezw. auch feilgehalten haben, aus §. 12 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, verurteilt worden.

Die Revision der Angeklagten, unter anderem auf den §. 377 Nr. 4 St. P. O. gestützt, behauptet, daß zur Entscheidung über die ihnen im Eröffnungsbeschlusse zur Last gelegte That nicht die Strafkammer des Landgerichtes, sondern das Schwurgericht zuständig gewesen sei. In dem Beschlusse nämlich, durch welchen das Hauptverfahren gegen die Angeklagten eröffnet worden, ist der Formel der Anklageschrift konform die den Gegenstand der Anschuldigung bildende That dahin bezeichnet, daß die Angeklagten wissentlich Fleisch zweier Kühe, dessen Genuß die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet war, als Nahrungsmittel verkauft, bezw. feilgehalten haben. Dagegen ist als das anzuwendende Strafgesetz der §. 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 angegeben und die Verhandlung der Sache vor die Strafkammer verwiesen.

Das Gesetz vom 14. Mai 1879 verbietet den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln, welche der menschlichen Gesundheit schädlich sind, und unterscheidet in seinen, den wissentlichen Verkauf und das Inverkehrbringen derselben bedrohenden, Strafbestimmungen, ob die Schädlichkeit darin besteht, daß die Nahrungs- oder Genußmittel die menschliche Gesundheit zu beschädigen, oder darin, daß sie dieselbe zu zerstören geeignet sind. Während für den ersteren Fall der §. 12 Nr. 1 eine Gefängnisstrafe androht, setzt der §. 13 für den anderen eine Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren fest. Es trägt sonach der letztere den Charakter eines Verbrechens, welches nach §. 80 G. V. G.'s zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehört.

Der Angriff ist verfehlt.

Gegenstand der Untersuchung und Urteilsfindung ist nach §. 263 St. P. O. die in der Anklage bezeichnete That. Unter der „Anklage“ ist, wie aus §§. 205. 206. 242 a. a. O. folgt, der Eröffnungsbeschluß verstanden.

Das erkennende Gericht ist an den Eröffnungsbeschluß insofern, aber auch bloß insofern gebunden, als es nur die in dem Beschlusse bezeichnete That, nicht eine andere (abgesehen von der Bestimmung in

§. 265 a. a. D.) zum Gegenstande der Aburteilung machen darf. Dagegen ist ihm, die Identität der That vorausgesetzt, gestattet, in jeder anderen Beziehung, sowohl in den thatsächlichen Annahmen, als in der rechtlichen Beurteilung, von dem Eröffnungsbeschlusse abzuweichen. Für die Beurteilung der Frage von der sachlichen Zuständigkeit des erkennenden Gerichtes ist die Bezeichnung der That, wie der Eröffnungsbeschl. dieselbe nach den konkreten Umständen und ihrer rechtlichen Qualifikation enthält, maßgebend; die in dem Beschlusse zu treffende Bestimmung, vor welchem Gerichte das Hauptverfahren stattfinden solle, ist eine Konklusion aus dieser Qualifizierung, und auch das Gericht, vor welches die Sache verwiesen worden ist, kann bei der ihm nach §. 6 St. P. O. obliegenden Prüfung seiner sachlichen Zuständigkeit zur Grundlage, wenigstens zunächst und vor Durchführung der Verhandlung, nur die in dem Eröffnungsbeschlusse angenommene Qualifikation der That nehmen. Läßt aber der Wortlaut des Eröffnungsbeschlusses in dieser Beziehung Zweifeln Raum, welche von Einfluß auf die Beurteilung der Zuständigkeitsfrage sind, so muß der wahre Sinn des Beschlusses unter Benutzung der Unterlagen desselben, insbesondere also des Inhaltes der Anklageschrift, ermittelt werden. Ein solcher Fall lag hier vor; der Beschl. widerspricht sich, denn während die Anführung der Thatumstände, in welchen die gesetzlichen Merkmale des unter Anklage gestellten Delictes gefunden werden, den Thatbestand des in §. 13 des Nahrungsmittelgesetzes bedrohten, vor das Schwurgericht gehörigen Verbrechens ergiebt, ist als das im Falle einer der Anklage entsprechenden Verurteilung zur Anwendung kommende Strafgesetz der §. 12 Nr. 1 jenes Gesetzes bezeichnet, in welchem nur ein vor die Strafkammern der Landgerichte gehöriges Vergehen vorgesehen ist, und es ist hiermit im Einklange das Hauptverfahren vor einer Strafkammer eröffnet.

Der erste Richter hat nun von seinem Rechte, den Eröffnungsbeschl. auszulegen, Gebrauch gemacht. Nachdem nämlich in der Hauptverhandlung der Eröffnungsbeschl. verlesen worden, wurde, wie es in dem Sitzungsprotokolle wörtlich heißt, der Beschl. mit Zustimmung der Prozeßparteien dahin erweitert, daß die Angeklagten verdächtig seien, wissenschaftlich Fleisch zweier Kühe, dessen Genuß die menschliche Gesundheit zu zerstören, bezw. zu beschädigen geeignet war, als Nahrungsmittel verkauft, bezw. feilgehalten zu haben, und zwar ein

jeder mittels mehrerer selbständigen Handlungen, eventuell daß die vorbezeichneten Handlungen nicht wissentlich, sondern aus Fahrlässigkeit begangen seien, Vergehen bezw. Verbrechen gegen §§. 12 Nr. 1. 13. 14 des Gesetzes vom 14. Mai 1879, §. 74 St.G.B.'s.

Es ist anzunehmen, daß dieser Beschluß nicht nur in demjenigen Passus, welcher sich auf das im §. 14 bedrohte Fahrlässigkeitsdelikt bezieht, sondern auch in den Worten: „beziehungsweise zu beschädigen“, die „Erweiterung“ der Anklage enthält, daß dagegen im übrigen und namentlich durch Beifügung der Allegation des §. 13 dargelegt werden sollte, in welcher Weise der erkennende Richter den Eröffnungsbeschluß aufgefaßt habe, welche strafbare That nach seiner Annahme in der Anklage behauptet sei.

Es könnte den Angeklagten vielleicht zugegeben werden, daß der erste Richter, wenn, wie er hiernach annahm, in dem Eröffnungsbeschlusse eine Zuwiderhandlung gegen den §. 13 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 als die den Angeklagten zur Last gelegte That bezeichnet gewesen wäre, sofort und ohne in die Verhandlung der Sache einzutreten, seine Unzuständigkeit, und zwar selbst dann hätte aussprechen sollen, wenn die Angeklagten in der Hauptverhandlung den Einwand der Unzuständigkeit nicht erhoben. Gewiß läßt sich für die Ansicht, daß, wenn schon nach der in dem Eröffnungsbeschlusse angenommenen Qualifikation der That die Zuständigkeit eines Gerichtes höherer Ordnung begründet ist, die Unzuständigkeitsklärung sofort zu erfolgen habe, nicht erst noch die Verhandlung durchzuführen sei, die Erwägung geltend machen, daß eine Aburteilung des Straffalles nicht bloß in einer der Anklage entsprechenden Verurteilung, sondern auch in dem Ausspruche zu finden ist, daß der Angeklagte des ihm zur Last gelegten Delictes nicht schuldig und daher entweder gänzlich freizusprechen oder nur wegen eines geringeren Delictes zu verurteilen sei.

Aber wird dieser Standpunkt eingenommen, so ist vor allem die Frage zu untersuchen, ob denn wirklich in dem Eröffnungsbeschlusse der den Gegenstand der Anklage bildenden That eine Qualifikation beigelegt sei, vermöge deren ihre Aburteilung die Zuständigkeit des Gerichtes, an welches die Sache durch den Eröffnungsbeschluß verwiesen ist, überschreiten würde. Diese Frage ist von dem Revisionsgerichte selbständig zu prüfen. Denn wie überhaupt dessen freier Würdigung diejenigen Thatfachen unterliegen, von welchen die angefochtene Gesetz-

mäßigkeit prozessualer Vorgänge abhängt, so kann auch bei der Entscheidung über die auf §. 377 Nr. 4 St.P.O. gestützte Revisionsbeschwerde für das Revisionsgericht die Auslegung nicht maßgebend sein, welche das erkennende Gericht dem Eröffnungsbeschlusse in Beziehung auf die für die Zuständigkeitsfrage präjudizielle Qualifizierung der That gegeben hat. Es ist nun die Auslegung, welche der Eröffnungsbeschluß vom 6. November 1882 durch den Beschluß vom 6. Dezember 1882 gefunden hat, als unrichtig erkannt worden.

Der Beschluß vom 6. November enthält keine Abweichung von der Anklageschrift, sondern hat deren Formel wörtlich aufgenommen. Seine tatsächliche Unterlage ist deshalb in den in der Anklageschrift aufgeführten Thatfachen zu suchen. In der in ihr enthaltenen Darstellung der wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen ist nun von einer gesundheitserstörenden Wirkung des Fleischgenusses nirgends die Rede, dagegen wiederholt und unter Bezugnahme auf das Gutachten Sachverständiger die Behauptung festgestellt, es sei das Fleisch von solcher Beschaffenheit gewesen, daß sein Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet war. Es wird den Angeeschuldigten zum Vorwurfe gemacht, die gesundheitsschädigende Wirkung desselben gekannt zu haben. Wenn dennoch in der auf diese Sachlage gestützten Formel der Genuß des Fleisches als ein die Gesundheit zu zerstören geeigneter bezeichnet wird, so war dieser Ausdruck als ein offenbar irrtümlicher und auf einem durch Flüchtigkeit verschuldeten Schreibversehen beruhender anzusehen, und das um so mehr, als die Anklageschrift es unterlassen hat, die aus diesem Ausdrucke sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen, vielmehr sowohl die Allegierung des anzuwendenden Strafgesetzes als der Antrag, welcher das zur Verhandlung der Sache zuständige Gericht bezeichnet, erkennen lassen, daß sie ein Vergehen, nicht ein Verbrechen als vorliegend angenommen hat. Ihr ist der Eröffnungsbeschluß vom 6. November gefolgt, indem er sich die Anklageformel ohne weiteres wörtlich zu eigen machte. Auch er ruht sonach, insofern er den Ausdruck „zerstören“ aufnahm, auf einem offenbaren Irrthum und einem Schreibfehler in der Anklageformel. Auf der Grundlage dieses Sachverhaltes erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß durch den Eröffnungsbeschluß als die den Angeklagten zur Last gelegte That der Verkauf und das Feilhalten von Nahrungsmitteln, deren Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet war, bezeichnet gewesen,

die hiervon abweichende Interpretation des ersten Richters eine irrtümliche sei. Über diese Anklage zu entscheiden, war die Strafkammer des Landgerichtes zuständig. Sie hat durch die in Anwendung des §. 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 erfolgte Verurteilung der Angeklagten die Grenzen ihrer Zuständigkeit nicht überschritten. Nun ist zwar in den Gründen des Urteiles auch erwähnt, es sei die Annahme, daß die Angeklagten eine gesundheitzerstörende Wirkung des Fleischgenusses gekannt hätten, schon deshalb ausgeschlossen, weil seitens der Sachverständigen eine solche Qualität des Fleisches nicht konstatiert sei, es hat jedoch der erste Richter hiermit nur zum Ausdruck gebracht, daß durch die Hauptverhandlung keinerlei Anzeigen für die Annahme des Vorliegens eines schwereren Straffalles zum Vorscheine gekommen seien; und eine Prüfung des Straffalles nach allen möglichen rechtlichen Gesichtspunkten anzustellen, ist das erkennende Gericht nach §§. 263. 264. 270 St.P.D. immer befugt.